

8. NOVEMBER 2019

# ERINNERUNGSKULTUR UNTER BESCHUSS

---

- Zum Jahrestag der  
Novemberpogrome 1983: Einsatz  
gegen aktuelle Formen von  
Antisemitismus nötig
- Mendel: „Sorglosigkeit im Umgang  
mit dem parlamentarischen Arm  
des Rechtsextremismus ist  
bedenklich“

Anlässlich des Jahrestags der Novemberpogrome, mit denen am 9. November 1938 die systematische Verfolgung der Jüdinnen und Juden einen ersten gewaltvollen Höhepunkt erlebte, appelliert der Direktor der Bildungsstätte Anne Frank, Dr. Meron Mendel, an Politik und Gesellschaft, sich entschiedener gegen Antisemitismus, Rechtsextremismus und Geschichtsrevisionismus einzusetzen. „81 Jahre, nachdem in Deutschland die Synagogen brannten, sind Jüdinnen und Juden hierzulande noch immer nicht sicher vor Hass und Gewalt. Der Angriff auf die jüdische Gemeinde in Halle an Yom Kippur hat auf drastische Weise deutlich gemacht, dass Antisemitismus auch heute noch eine reale Gefahr ist, die nicht ausreichend ernst genommen wird.“

Während die Erinnerungen an die Pogromnacht 1938 verblassen, da nur noch wenige Überlebende davon berichten können, prägten menschenfeindliche Positionen immer stärker den gesellschaftlichen Diskurs. Mendel warnt zudem vor geschichtsrevisionistischen Angriffen auf die Gedenkkultur: „Wir erleben derzeit eine bedenkliche Sorglosigkeit im Umgang mit dem parlamentarischen Arm des Rechtsextremismus. Unsere Erinnerungskultur gerät zunehmend unter Beschuss durch selbsternannte Intellektuelle und Politiker, die ihre nationalistischen und geschichtsklitternden Positionen in den Deckmantel eines sogenannten bürgerlichen Konservatismus hüllen. Die Singularität der Schoah in Frage zu stellen, rechte und linke Verbrechen gegeneinander aufzuwiegen, ist und bleibt aber eine extrem rechte Position, der jeder, der sich demokratischen Werten verpflichtet fühlt, entschieden entgegenzutreten sollte.“

Besonders deutlich werde diese Geschichtsvergessenheit mit Blick auf die jüngste Landtagswahl in Thüringen. In den vergangenen Tagen äußerten mehrere CDU-Politiker ihre Bereitschaft, Gespräche für ein „bürgerliches“ Bündnis mit der AfD unter Björn Höcke einzugehen – einem Mann, der seit Jahren mit völkischen und geschichtsrevisionistischen Positionen die Gedenkkultur angreift und das Holocaust-Mahnmal in Berlin als „Denkmal der Schande“ verunglimpft hat. „Dass in der heutigen Zeit CDU-Politiker allen Ernstes darüber diskutieren, ob sie Koalitionsgespräche mit Höcke aufnehmen sollten, um ein Bündnis mit der Linken unter Ramelow zu verhindern, ist erschreckend. Nicht von ungefähr hat ein Gericht unlängst entschieden, dass Höcke als Faschist bezeichnet werden darf. Ein Bündnis mit Geschichtsrevisionisten wird nie ein bürgerliches sein“, betont Mendel.

Im Jahr 2019 gibt es nur noch wenige Überlebende der Schoah, die Zeugnis ablegen können über das historische Unrecht der NS-Zeit. „In Anerkennung der Erfahrungen der Überlebenden und im Gedenken an die Opfer der Schoah ist es dringend geboten, dass wir als Gesellschaft geschichtsrevisionistischen Äußerungen entschieden widersprechen und dafür sorgen, dass diejenigen, die sie äußern, auf keinen Fall in Regierungsverantwortung treten. Es gilt, einen Weg zu finden, Erinnerung in die nächste Generation zu tragen. Wir müssen politische und historische Bildungsarbeit stärken“, so der Direktor der Bildungsstätte Anne Frank abschließend.

### **Bildungsstätte Anne Frank – Mehr als Geschichte**

Als Zentrum für politische Bildung und Beratung Hessen mit Standorten in Frankfurt/Main und Kassel entwickelt die Bildungsstätte Anne Frank innovative Konzepte und Methoden, um Jugendliche und Erwachsene gegen Antisemitismus, Rassismus und verschiedene Formen von Diskriminierung zu sensibilisieren – und für die aktive Teilhabe an einer offenen und demokratischen Gesellschaft zu stärken. Die Bildungsstätte Anne Frank vernetzt verschiedene Gruppen und Communities und bringt sie miteinander ins Gespräch – im Rahmen von wechselnden Sonderausstellungen, öffentlichen Informations- und Diskussionsveranstaltungen sowie Konferenzen und Fachtagen. Lehrkräfte und Pädagog\*innen erhalten Beratung in akuten Konfliktfällen sowie zum Umgang mit Radikalisierung und radikalisierten Jugendlichen. Zwei hessische Beratungsstellen sind in der Bildungsstätte Anne Frank angesiedelt: response unterstützt Betroffene von rechter und rassistischer Gewalt, das ADiBe-Netzwerk berät Menschen, die Diskriminierung erfahren haben.

Der Neue Sammelband „Extrem unbrauchbar. Über Gleichsetzungen von links und rechts“, der vor Kurzem in der Edition Bildungsstätte Anne Frank (Verbrecher Verlag) erschienen ist, setzt sich kritisch mit der Extremismus- und Hufeisentheorie auseinander.

[bs-anne-frank.de](http://bs-anne-frank.de)

**Ansprechpartnerin für die Presse:**  
Marie-Sophie Adeoso, T + 49. 69. 560 00 231  
[madeoso@bs-anne-frank.de](mailto:madeoso@bs-anne-frank.de)